

Protokoll:	Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	187
		TOP:	33
	Verhandlung	Drucksache:	36/2024
		GZ:	
Sitzungstermin:	15.05.2024		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	EBM Dr. Mayer		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Frau Schmid / th		
Betreff:	Jobcenter Geschäftsplan 2024		

Vorgang: Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 29.04.2024, öffentlich, Nr. 33
 Ergebnis: einmütige Zustimmung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration vom 09.04.2024, GRDRs 36/2024, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Dem Geschäftsplan 2024 des Jobcenters (Anlage 1) wird zugestimmt.
- 1 a. Der Gemeinderat stimmt der Verwendung der vom Bund bereitgestellten Verwaltungsmittel zur Finanzierung der im Stellenplan dargestellten Personalausstattung (Stellen und Ermächtigungen) zu (siehe Anlage 1, Kapitel 4). Bei sukzessiver Besetzung der zum Jahresende 2023 nicht besetzten Stellen/Ermächtigungen und der zum Doppelhaushalt 2024/2025 neu geschaffenen Stellen werden die Verwaltungsmittel in 2024 nicht ausgeschöpft, so dass eine Umschichtung von 1.084.511 Euro aus dem Verwaltungskostenbudget in das Eingliederungsbudget geplant ist.
- 1 b. Der Gemeinderat stimmt dem gesamtstädtischen Arbeitsmarktprogramm (Eingliederungsleistungen SGB II und städtische Arbeitsförderung, s.2.4 in Anlage 1) sowie der Art und dem Umfang der im Geschäftsplan genannten Beschaffungen ("Maßnahmen") im Rahmen der bezeichneten voraussichtlichen Aufwendungen ("Kostenschätzung gesamt inkl. Optionen und Aufstockung", vgl. 2.4.4.2 und 2.4.5

in Anlage 1) zu. Dem Oberbürgermeister werden gem. § 44 Abs. 2 Satz 1 Var. 3 GemO jeweils einzelfallbezogen die Entscheidungen über die Vergabe der nach Satz 1 dieser Beschlussziffer zu beschaffenden Leistungen bis zu einer Vergabesumme, welche jeweils um bis zu 20 Prozent über dem bezeichneten voraussichtlichen Aufwand liegt, übertragen.

- 1 c. Der Struktursicherung der Arbeitsgelegenheiten wird zugestimmt (vgl. 2.4.3.3 Anlage 1).

EBM Dr. Mayer stellt fest:

Der Verwaltungsausschuss stimmt dem Beschlussantrag ohne Aussprache einstimmig zu.

Zur Beurkundung

Schmid / th

Verteiler:

- I. Referat SI
zur Weiterbehandlung
Jobcenter
weg. GR

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
 3. *Referat AKR*
Haupt- und Personalamt
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 5. Amt für Revision
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 6. FDP-Fraktion
 7. *Fraktion FW*
 8. AfD-Fraktion
 9. *Stuttgarter Liste*
 10. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

kursiv = kein Papierversand